



Alternativer Mieter- und Verbraucherschutzbund e.V.
- Die clevere Alternative für Berlin und Brandenburg -

Alternativer Mieter- und
Verbraucherschutzbund e.V.

Beratungsbüro:
Bürgerbüro Falkenhagener Feld
Westerwaldstraße 9
13589 Berlin

Pressemitteilung 12/2016

Postanschrift:
AMV - Alternativer Mieter- und
Verbraucherschutzbund e.V.
Pillnitzer Weg 35
13593 Berlin

Tel: 030 / 68 83 74 92
Handy: 0170 / 237 17 90

Mail: information.amv@gmail.com

www.mieter-verbraucherschutz.berlin

IBB-Wohnungsmarktbericht 2015 - Dramatische Situation auf dem Berliner Wohnungsmarkt spitzt sich zu!

Der heute vorgestellte Wohnungsmarktbericht der IBB ist keine Überraschung, sondern die - leider - erwartete Bestätigung: Die Angebotsmieten in Berlin steigen weiter an und liegen jetzt bei durchschnittlich 8,80 €/m² im Monat. Das bedeutet einen Anstieg um 6,7 % gegenüber 2014. Die Spannbreite zwischen den 12 Bezirken ist erheblich:

1) Friedrichshain-Kreuzberg	10,99 €/m ²
2) Mitte	10,06 €/m ²
3) Charlottenburg-Wilmersdorf	10,00 €/m ²
4) Pankow	9,45 €/m ²
5) Steglitz-Zehlendorf	8,87 €/m ²
6) Neukölln	8,57 €/m ²
7) Tempelhof-Schöneberg	8,50 €/m ²
8) Lichtenberg	8,10 €/m ²
9) Treptow-Köpenick	7,81 €/m ²
10) Reinickendorf	7,50 €/m ²
11) Spandau	6,99 €/m ²
12) Marzahn-Hellersdorf	5,76 €/m ²

Auch für die Zukunft sieht der IBB-Wohnungsmarktbericht keine Entspannung auf den Berliner Wohnungsmarkt zukommen, da Berlin wächst und wächst. Die Berliner Bevölkerung

Vorstand: 1. Vorsitzender RA Uwe Piper, 2. Vorsitzender Ass. jur. Marcel Eupen

Vereinsregister: Amtsgericht Charlottenburg - VR 33611 B

Gerichtsstand: Amtsgericht Spandau, Finanzamt für Körperschaften I, St.-Nr. 27/660/64338

Bankverbindung: Postbank Berlin, IBAN: DE05100100100850579106, BIC: PBNKDEFF

soll nach der neuesten Einwohnerprognose der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt bis 2030 um weitere 266.000 Menschen anwachsen.

"Der Wohnungsmarkt in Berlin ist mehr als angespannt", sagt der 1. Vorsitzende des AMV, RA Uwe Piper. "Die Mieten steigen und steigen. Gesetze und Rechtsverordnungen von Bund und Land zur Begrenzung der Mietenexplosion in der Stadt sind bisher weitestgehend wirkungslos geblieben. Es fehlt ausreichender und bezahlbarer Wohnraum. Die Grenze der Zumutbarkeit für Mieter ist erreicht. Die Politik hat den Wohnungsmarkt nicht mehr im Griff", meint Piper. "Es bedarf eines neuen Ansatzes eines wohnungs- und mietenpolitischen Programms für die Zukunft", fordert Piper. "Berlin braucht ein tragbares Wohnraumversorgungskonzept mit konkreten Maßnahmen, die kosequent umgesetzt werden müssen", so Piper. "Der Weg kann nur über die sechs städtischen Wohnungsbaugesellschaften gehen; diese müssen mit mehr Eigenkapital versehen werden, damit sie ihren Bestand durch Ankauf und Neubau erheblich steigern können", verlangt Piper. "Der Bestand an kommunalen Wohnungen sollte mittelfristig auf mindestens 450.000 Wohnungen erhöht werden", schließt Piper.

Berlin, den 11.03.2016

Marcel Eupen, Pressesprecher des AMV